

ALLGEMEINES

Mehr Asylanträge von Minderjährigen. Die Zahl der Erstanträge von Minderjährigen ist im vergangenen Jahr auf 24 388 gestiegen. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke hervor. Danach lag diese Zahl im Jahr 2011 noch bei 16 631 und im Jahr 2010 bei 15 456. Im Jahr 2012 waren 2 096 der minderjährigen Asylbewerber den Angaben zufolge unbegleitet. Im Jahr 2011 betrug die Zahl der unbegleiteten minderjährigen Asylbewerber 2 126, nachdem sie im Jahr 2010 bei 1 948 gelegen hatte. *Quelle: hib vom 17.10.2013*

Controlling in kommunalen Jugend- und Sozialhilfverwaltungen. Ausbaustand und Perspektiven. Von Gabriele Moos und anderen. Hrsg. Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. Selbstverlag. Berlin 2013, 63 S., EUR 11,80 *DZI-E-0636* Als Teilfunktion der Unternehmensführung befasst sich das Controlling mit Aufgaben der Planung, Steuerung und Koordination, um die Entscheidungstragenden mit den notwendigen Informationen zu versorgen. Die Broschüre widmet sich der spezifischen Ausgestaltung dieses Instruments im Bereich der kommunalen Jugend- und Sozialhilfe, die im Jahr 2012 im Rahmen einer Befragung von Fachbereichs- und Dezernatsleitungen aller Kreise und kreisfreien Städte untersucht wurde. Die Ergebnisse liefern Informationen zu den überprüften Organisationen, zur Einschätzung der Relevanz des Controllings, zu dessen Institutionalisierung und zu den Besonderheiten des operativen und strategischen Controllings sowie des Wirkungscontrollings. Deutlich geworden sei, dass sich das Controlling in den Sozial- und Jugendhilfverwaltungen vieler Kommunen noch in der Aufbauphase befinde. Bestellanschrift: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V., Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel.: 030/629 80-0, Internet: www.deutscher-verein.de

SOZIALES

Sozialverband VdK warnt vor Altersarmut. Laut Angaben des Statistischen Bundesamts erhielten Ende 2012 annähernd 465 000 Personen über 65 Jahre Leistungen zur Grundsicherung im Alter. Gegenüber 2011 erhöhte sich ihre Zahl um rund 55 000 oder 6,6 %. Die Dunkelziffer der Rentnerinnen und Rentner, deren Einkommen nicht zum Leben reicht, ist vermutlich höher. Der VdK fordert seit Langem, die Regelsätze in der Grundsicherung für ältere Menschen und dauerhaft Erwerbsgeminderte anzuheben und jährlich unter Beachtung der Preisentwicklung bedarfsgerecht anzupassen. Zudem sollte sichergestellt werden, dass die gesetzliche Rente nach langjähriger vollzeittäher Erwerbstätigkeit deutlich über dem Grundsicherungsniveau liegt. *Quelle: Pressemitteilung des Sozialverbandes VdK vom 22.10.2013*

Einkommens- und Vermögensanrechnung sind verfassungswidrig. Die derzeit praktizierte Anrechnung von Einkommen und Vermögen bei der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen ist mit der UN-Behindertenrechtskonvention rechtlich unvereinbar und stellt zudem einen Verstoß gegen die Verfassung dar. Zu diesem Ergebnis kommt ein juristisches Gutachten der Berliner Humboldt Law Clinic für Grund- und Menschenrechte, das im Auftrag des Behindertenverbandes Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben in Deutschland (ISL) erstellt wurde. Behinderte Menschen müssen nicht nur regelmäßig einen Teil ihres Einkommens abgeben, wenn sie Leistungen zur Unterstützung für ein selbstbestimmtes Leben beziehen. Sie dürfen auch nur 2 600 Euro ansparen. Der Rest muss an das Sozialamt abgeführt werden. Auch darf ein Ehepaar beispielsweise zusammen nur 3 200 Euro ansparen. Das Gutachten ist im Internet unter <http://www.isl-ev.de/index.php/de/component/remository/Dokumente/Gutachten-Einkommensanrechnung-verst%C3%B6%C3%9ft-gegen-Verfassung/?Itemid=464> abrufbar. *Quelle: Pressemitteilung der Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben in Deutschland (ISL) vom 13.11.2013*

GESUNDHEIT

Freie Arztwahl in der EU. Europäische Bürgerinnen und Bürger haben das Recht, sich unabhängig von ihrem Wohnort überall in der EU medizinisch behandeln und die damit verbundenen Kosten erstatten zu lassen. Dieses Recht ist nun in der Richtlinie zur grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung verbriefte, die am 25. Oktober 2013 in Kraft trat. Nach den derzeit geltenden EU-Vorschriften deckt die Krankenversicherung die Kosten für eine Behandlung im Ausland bei einer plötzlichen Erkrankung auf einer Reise. Für eine geplante medizinische Behandlung in einem anderen EU-Land kann die Kasse jedoch eine Vorabgenehmigung verlangen. Sie muss der Behandlung nur zustimmen, wenn die Erkrankung im eigenen Land nicht innerhalb eines medizinisch vertretbaren Zeitraums behandelt werden kann. Informationen sind im Internet unter http://ec.europa.eu/health/newsletter/117/focus_newsletter_de.htm abrufbar. *Quelle: Sanco-Health-EU-Newsletter vom 24.10.2013*

Qualitätsprüfungs-Richtlinie für Pflegeeinrichtungen. Der Verband Deutscher Alten- und Behindertenhilfe e.V. (VDAB) hat den vom Spitzenverband der Gesetzlichen Krankenkassen (GKV) vorgelegten Entwurf zur Anpassung der Qualitätsprüfungs-Richtlinie (QPR) zurückgewiesen. Der VDAB kritisiert vor allem die Bürokratielast in der Pflege und wirft der GKV vor, jegliche Bemühung um eine notwendige Entbürokratisierung der Pflege zu ignorieren und stattdessen die Nachweispflichten der Einrichtungen weiter auszudehnen. Auch seien viele Prüfkriterien nicht fachlich oder gar wissen-

schaftlich fundiert, sondern gingen auf Gutdünken des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen zurück.

Quelle: Pressemitteilung des Verbandes Deutscher Alten- und Behindertenhilfe e.V. vom 11.11.2013

JUGEND UND FAMILIE

Bundesprogramm gegen Rechtsextremismus.

Das Bundesprogramm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) wird auch im Jahr 2014 seine Arbeit fortsetzen. Die seit 2011 pro Jahr zur Verfügung gestellten 24,3 Mio. Euro für das Programm zur Prävention gegen Rechtsextremismus werden nach den Planungen der Bundesregierung in 2014 auf 26 Mio. Euro aufgestockt. Neben einer Verlängerung der Förderperiode für die Beratungsnetzwerke in den Ländern und der rund 170 lokalen Aktionspläne sollen damit auch Unterstützungsangebote zum Ausstieg aus dem Rechtsextremismus ermöglicht werden. Seit Anfang November können sich pädagogische Fachkräfte das erforderliche Know-how sowie die notwendigen fachlichen und persönlichen Kompetenzen in regional angebotenen Fort- und Weiterbildungen aneignen. Das Fundament für die Ausgestaltung der Fort- und Weiterbildungen bildet das von der Kontaktstelle BiKnetz entwickelte Rahmencurriculum HandlungsKOMPETENZ. 22 Bildungsträger wurden in den Jahren 2013 und 2014 mit 40 Fortbildungen und neun Weiterbildungen in zwölf Bundesländern für eine Erprobungsphase ausgewählt. Weitere Informationen zum BiKnetz sowie das Ausbildungsprogramm stehen unter www.biknetz.de im Internet. Quelle: Pressemitteilung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vom 14.11.2013

In guten Händen? Clearing und Diagnostik in den Hilfen zur Erziehung. Hrsg. Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH. Selbstverlag. Berlin 2013, 170 S., EUR 19,- *DZI-E-0600*

Im Oktober 2012 fand in Berlin die von der Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe und dem AFET Bundesverband für Erziehungshilfe e.V. organisierte Konferenz zum obigen Thema statt, deren Beiträge hier dokumentiert sind. Die Darstellung umfasst unterschiedliche Verfahren der Diagnostik und der Suche nach Lösungen in der Kinder- und Jugendhilfe unter Berücksichtigung jugendamts-interner und externer Ansätze. Im Blickpunkt stehen entsprechende Erkenntnisse aus Niedersachsen, die Kriterien und Dimensionen der diagnostischen Kompetenz, der Umgang mit biographischen Übergängen, die Durchführung von Inobhutnahmen von Kindern und die Frage nach den Motiven für eine Verhaltensänderung gewaltbereiter junger Menschen. Des Weiteren werden einige in der Praxis erprobte Diagnostikmodelle im Hinblick auf die Anforderungen an Fachkräfte, an Funktionsbereiche des Allgemeinen Dienstes und an freie Träger sowie die angewandten Methoden diskutiert. Bestellanschrift:

21.1.2014 Kassel. Fachtagung des AFET: Zeit, dass sich was dreht?! Fachlichkeit und Finanzverantwortung in den Erziehungshilfen – ein Widerspruch? Information: AFET Bundesverband für Erziehungshilfe e.V., Georgstraße 26, 30159 Hannover, Tel.: 05 11/35 39 91 48, E-Mail: block@afet-ev.de, Internet: www.afet-ev.de

21.1.-23.1.2014 Berlin. Fachtagung für Sozialdezernentinnen und Sozialdezernenten. Information: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V., Ulrike Pfeifer, Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel.: 030/ 629 80-216, E-Mail: pfeifer@deutscher-verein.de

7.2.2014 Ludwigsburg. Anhörung des Instituts für Antidiskriminierung und Diversityfragen: „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ (Heitmeyer) von Buchenwald bis zu den NSU-Morden. Information: Evangelische Hochschule Ludwigsburg/IAD, Dr. J. Thomas Hörnig, Paulusweg 6, 71638 Ludwigsburg, Tel.: 07 141/97 45-232, E-Mail: t.hoernig@eh-ludwigsburg.de

24.-26.2.2014 Weimar. Fachtagung: Aktuelle Fragen des Sozialhilferechts. Information: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V., Reiner Höft-Dzemeski, Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel.: 030/629 80-419, E-Mail: hoeft-dzemeski@deutscher-verein.de

27.-2.2014 Bremen. 19. Europäischer Verwaltungskongress. Inklusion – Chancen und Herausforderungen für Kommunen. Information: w2m-net Veranstaltungen, Wilhelm-Herbst-Straße 12, 28359 Bremen, Tel.: 04 21/ 16 76 06 19, Internet: <http://www.evk2014.de>

9.-12.3.2014 Berlin. 24. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft: Traditionen und Zukünfte. Information: Humboldt-Universität zu Berlin, Institut für Erziehungswissenschaften, DGfE 2014 Kongressbüro, Unter den Linden 6, 10099 Berlin, Tel.: 030/20 93 19 38, E-Mail: info.dgfe2014@hu-berlin.de

19.-21.3.2014 Berlin. 10. Jahrestagung Illegalität. Irreguläre Migration im Wandel. Information: Katholisches Forum Leben in der Illegalität, Dr. Markus Breuer, Reinhardtstraße 13, 10117 Berlin, Tel.: 030/28 44 47 32, E-Mail: info@forum-illegalitaet.de

20.-22.3.2014 Berlin. 3. Berufskongress Soziale Arbeit des DSBH. Information: Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e.V., Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel.: 030/288 75 63-10, E-Mail: info@dbsh.de

26.-30.3.2014 Berlin. 28. DGVt Kongress für Klinische Psychologie, Psychotherapie und Beratung. Positive Perspektiven in Psychotherapie und Gesellschaft. Information: Deutsche Gesellschaft für Verhaltenstherapie e.V., Postfach 1343, 72003 Tübingen, Tel.: 07 071/94 34 94, E-Mail: kongress@dgv.t.de

Deutsches Institut für Urbanistik, Zimmerstraße 13-15,
10969 Berlin, Tel.: 030/390 01-136, Internet: www.fachtagungen-jugendhilfe.de

14. Kinder- und Jugendbericht. Aus Sicht des Deutschen Bundesjugendrings (DBJR) wird der Bericht der Bundesregierung seinem Anspruch gerecht, das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen mit den zentralen Änderungen in den Lebenswelten sowie die Vielschichtigkeit der Lebensrealität von jungen Menschen angemessen zu beschreiben. Zudem bietet der 14. Kinder- und Jugendbericht eine umfassende und aktuelle Beschreibung der Situation der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. Nach wie vor ist festzustellen, dass die soziale Herkunft in hohem Maße die Lebenschancen eines jungen Menschen bestimmt. Trotzdem bewertet der DBJR die im Bericht konstatierte Entwicklung hin zu einer verstärkten öffentlichen Verantwortung für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen positiv und sieht darin den richtigen Weg. Die Stellungnahme kann im Internet unter der URL http://www.dbjr.de/positionen.html?elD=dam_frontend_push&docID=2252 abgerufen werden. *Quelle: Hessische Jugend vom November 2013*

Die Praxis von Vorurteils- und Gewaltprävention in zwei Berliner Quartieren. Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 47. Hrsg. Landeskommision Berlin gegen Gewalt. Selbstverlag. Berlin 2012, 132 S., kostenlos *DZI-E-0602*

Als Beitrag zur Eindämmung der Gewaltdelinquenz bei Kindern und Jugendlichen befasst sich diese Studie der Arbeitsstelle Jugendgewalt und Rechtsextremismus am Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin mit Fragen der Prävention im Bereich Bildung und Erziehung. Auf der Grundlage von Interviews mit Fachkräften in Kindertagesstätten, Schulen und Behörden untersucht die Expertise die Berliner Quartiere „Moabit West“ und „Falkenhagener Feld Ost“ mit Blick auf mögliche individuelle und soziale Risikofaktoren für deviantes Verhalten bei jungen Menschen. Um spezifische Handlungsoptionen vorzustellen, werden gezielte Maßnahmen in Kindertagesstätten und Grundschulen sowie Ansätze der Schulsozialarbeit betrachtet, um vor diesem Hintergrund die problemorientierte institutionelle Vernetzung zwischen den genannten Bildungseinrichtungen, der Polizei sowie Beratungsstellen und Projekten freier Träger zu beschreiben. Der Bericht schließt mit Verbesserungsvorschlägen für die pädagogische Praxis. Bestellanschrift: Landeskommision Berlin gegen Gewalt, Klosterstraße 47, 10179 Berlin, Tel.: 030/902 23-29 13, Internet: berlin-gegen-gewalt.de

AUSBILDUNG UND BERUF

Neue Laufbahnverordnung für den Sozialdienst. Für die Berliner Beamtinnen und Beamten der Laufbahnfachrichtung Gesundheit und Soziales, Laufbahnzweig

des Sozialdienstes, treten aufgrund des neuen Laufbahnrechts Änderungen in Kraft. Dazu gehören der Wegfall von Altersgrenzen bei Einstellungen sowie die erhöhte Durchlässigkeit zwischen dem ersten und dem zweiten Einstiegsamt der Laufbahngruppe 2 für Beamtinnen und Beamte, die eine berufsbegleitende Qualifikation erworben haben. Hintergrund ist das neue Laufbahnrecht für Beamtinnen und Beamte, das auf Grundlage der Dienstrechtsmodernisierung im Land Berlin am 1. Januar 2013 in Kraft getreten ist. Das Laufbahnrecht sieht vor, dass für jede Laufbahnfachrichtung eigenständige Laufbahnverordnungen erlassen werden. Fragen beantwortet die Berliner Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales unter der Telefonnummer 030/90 28-11 37. *Quelle: Pressemitteilung des Presse- und Informationsamtes des Landes Berlin vom 8.10.2013.*

Das „Jüdische Erholungsheim Lehnitz“. „Ein Heim wie dieses ist nicht nur eine leibliche Wohltat.“ Von Bodo Becker. Verlag Hentrich & Hentrich. Berlin 2013, 79 S., EUR 8,90 *DZI-E-0606*

Als Vorbereitungsort für die Emigration nach Palästina diente das im Mai 1900 unter der Bezeichnung „Gene-sungsheim Lehnitz“ eröffnete und im Jahr 1934 umbenannte „Jüdische Erholungsheim Lehnitz“ in Brandenburg in den Jahren 1933 bis 1938 vielen verfolgten Menschen als Erholungsstätte, Tagungs- und Fortbildungszentrum, Kinderheim und Hauswirtschaftsschule mit Unterricht in den Fächern Pädagogik, Musik, Englisch, Hebräisch, Geschichte und deutsche Literatur. Ein besonderer Schwerpunkt lag auf der jüdischen Jugendarbeit. Diese durch zahlreiche Fotos illustrierte Broschüre vermittelt einen Einblick in das gesundheitsbezogene, kulturelle und pädagogische Angebotsspektrum der Einrichtung und das Engagement der dort tätigen Fachkräfte während der Zeit des Nationalsozialismus.

Fortbildungsangebote für 2014. Folgende Fortbildungsträger haben ihre Programme für das kommende Jahr bereits herausgegeben. Sie können unter den genannten Anschriften angefordert werden:

Alice Salomon Hochschule Berlin – Zentrum für Weiterbildung, Alice-Salomon-Platz 5, 12627 Berlin, Tel.: 030/992 45-331/353, Fax: 030/992 45-399, Internet: www.ash-berlin.eu/zfwb

Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V., Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel.: 030/629 80-0, Fax: 030/629 80-150, E-Mail: info@deutscher-verein.de

Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH (Difu), Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin, Tel.: 030/390 01-0, Fax: 030/390 01-268, E-Mail: fortbildung@difu.de
Europäische Akademie für Heilpädagogik im BHP e.V., Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel.: 030/40 60 50 70, Fax: 030/40 60 50 69, E-Mail: michaela.menth@eahonline.de

Evangelische Akademie Tutzing, Schlossstraße 2-4, 82327 Tutzing, Tel.: 081 58/251-146, Fax: 081 58/ 99 64 43, E-Mail: programm@ev-akademie-tutzing.de

Evangelische Hochschule Ludwigsburg, Institut für Fort- und Weiterbildung ifw, Paulusweg 6, 71638 Ludwigsburg, Tel.: 07 141/97 45-282, Fax: 071 41/97 45-482, E-Mail: ifw@eh-ludwigsburg.de

Evangelischer Erziehungsverband e.V. (EREV), Flüggestraße 21, 30161 Hannover, Tel.: 05 11/39 08 81-17, Fax: 05 11/39 08 81-16, E-Mail: seminarverwaltung@erev.de

Evangelisches Zentralinstitut für Familienberatung Berlin gGmbH, Auguststraße 80, 10117 Berlin, Tel.: 030/28 39 52 70, Fax: 030/28 39 52 22, E-Mail: baerthel@ezi-berlin.de

Fortbildungs-Akademie des Deutschen Caritasverbandes e.V., Winterstraße 17-19, 79104 Freiburg, Tel.: 07 61/ 200-17 00, Fax: 07 61/200-17 99, E-Mail: akademie@caritas.de

Katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin, Köpenicker Allee 39-57, 10318 Berlin, Tel.: 030/ 50 10 10 39, E-Mail: weiterbildung@khsb-berlin.de

Katholische Stiftungshochschule München, Institut für Fort- und Weiterbildung, Forschung und Entwicklung,

Preysingstraße 83, 81667 München, Tel.: 089/480 92-12 79, Fax: 089/480 92-19 02, E-Mail: if-fortbildung@ksfh.de

Lebenshilfe Landesverband Bayern, Kitzinger Straße 6, 91056 Erlangen, Tel.: 091 31/754 61-0, Fax: 091 31/ 754 61-90, E-Mail: fortbildung@lebenshilfe-bayern.de

Paritätisches Bildungswerk Bundesverband e.V., Heinrich-Hoffmann-Straße 3, 60528 Frankfurt am Main, Tel.: 069/67 06-272/219, Fax: 069/67 06-203, E-Mail: fobi@pb-paritaet.de

Sozialpädagogisches Fortbildungszentrum (SPFZ), Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung Rheinland-Pfalz, Hartmühlenweg 8, 55122 Mainz, Tel.: 06 131/ 967-140/136, Fax: 06 131/967-142, Internet: www.lsjv.rlp.de

Technische Hochschule Nürnberg, Fakultät Sozialwissenschaften, Bahnhofstraße 87, 90402 Nürnberg, Tel.: 09 11/58 80 0-0, Fax: 09 11/58 80-83 09, E-Mail: sw-fortbildung@fh-nuernberg.de

Zentrum Bayern Familie und Soziales (ZBFS), Bayerisches Landesjugendamt, Marsstraße 46, 80335 München, Tel.: 089/12 61-28 04, Fax: 089/12 61-22 80, E-Mail: poststelle-blja@zbfs.bayern.de



Wir bringen Licht ins Dunkel.

Zum Beispiel für Geldanlagen.

Der BFS-Nachhaltigkeits-Fonds verfolgt einen hohen ethischen Anspruch. Dafür beobachtet und investiert das Fondsmanagement ausschließlich in Wertpapiere, deren Emittenten als nachhaltig eingestuft wurden.

Sprechen Sie mit uns. Über diese und andere attraktive Anlagemöglichkeiten.

Die Bank für Wesentliches.

www.sozialbank.de

Berlin · Brüssel · Dresden · Erfurt · Essen · Hamburg
Hannover · Karlsruhe · Kassel · Köln · Leipzig · Magdeburg
Mainz · München · Nürnberg · Rostock · Stuttgart



Bank
für Sozialwirtschaft